

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A010

75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in
Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November

Antragstitel: Sicherheitslücken dürfen nicht als Cyberwaffen verwendet werden

Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten

Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt
Teilweise übernommen

Nr. 0001 - Ersetzung

Zeile 1 bis 1

Unterfranken

Antragsteller: Klaus Horn

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A010

75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in
Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November

Antragstitel: Sicherheitslücken dürfen nicht als Cyberwaffen verwendet werden

Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten

Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt

Teilweise übernommen

Nr. 0002 - Streichung

Zeile 2 bis 2

systemkritischer

Antragsteller: Christian Heldwein

1

Begründung:

"systemkritisch" ist ein sehr dehnbarer Begriff

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A010

**75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November**

Antragstitel: Sicherheitslücken dürfen nicht als Cyberwaffen verwendet werden

Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten

Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt

Teilweise übernommen

Nr. 0003 - Füge ein nach

Zeile 3

am Ende zu ergänzen

Antragsteller: Christian Heldwein

- 1 Ferner muss das BSI den Hersteller unverzüglich über die gefundene
- 2 Schwachstelle informieren. Das BSI stellt im Internet eine Liste der bekannten
- 3 Sicherheitslücken bereit. Jede neue Schwachstelle muss nach einer angemessenen Zeit,
- 4 innerhalb dieser der Hersteller eine Korrektur zur Verfügung stellen kann, zu der Liste
- 5 hinzugefügt werden.

Begründung:

folgt mündlich

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A011

**75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in
Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November**

Antragstitel: Luft und Bahnverkehr: Investitionsstau beheben, Wettbewerb stärken

Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten

Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt

Teilweise übernommen

Nr. 0002 - Füge ein nach

Zeile 24

Einfügung direkt nach dem Text des ersten Bullets

Antragsteller: Sven Gossel

- 1 ... Beteiligungen von Luftfahrtgesellschaften oder verbundenen Unternehmen an einem
- 2 weiteren, separaten Terminalbetrieb sollten dabei möglich sein. Eine Beteiligung an
- 3 Flughafenbetriebsgesellschaften selbst lehnen wir aus möglichen Interessenkonflikten
- 4 heraus dagegen EU-weit ab.

Begründung:

Die Knappheit von Slots an großen Flughäfen führt an vielen Airports in Europa bereits heute zu marktbestimmenden Fluglinien, die so indirekt verhindern, dass Wettbewerber attraktive Umlaufpläne organisieren können. Wenn diese Fluglinien zusätzlich Teilhaber des betreffenden Flughafen werden, wird dieser Interessenkonflikt verstärkt. Das kann nicht im Interesse des Wettbewerbs sein. Beispiel: Lufthansa an FRAport 8,5%, Beteiligung am Flughafen Düsseldorf angestrebt. Das Modell in München am Terminal 2 ist dagegen in Ordnung.

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A011

**75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in
Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November**

Antragstitel: Luft und Bahnverkehr: Investitionsstau beheben, Wettbewerb stärken
Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten
Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt
Teilweise übernommen

Nr. 0003 - Füge ein nach

Zeile 32

neuer Bulletpoint zum Thema Luftverkehr

Antragsteller: Sven Gossel

- 1 • Die luftverkehrsrechtliche Freigabe für alle Nicht-EU-Länder auf pro Airline mindestens
- 2 14/7 Verbindungen im kontinentalen und 7/7 im interkontinentalen Verkehr, sofern
- 3 keine Anhaltspunkte für eine marktverzerrende, staatliche Subvention der aus dem
- 4 betreffenden Land fliegenden Luftverkehrsgesellschaften vorliegt, und der Luftverkehr
- 5 aus Deutschland heraus reziprok erlaubt ist. Eine entsprechende Regelung sollte
- 6 zudem EUweit angestrebt werden.
- 7

Begründung:

Das Bundesverkehrsministerium begrenzt heute den deutschen Luftverkehrsmarkt, indem vielen Airlines, insbesondere aus Afrika und Asien, der Zugang zu deutschen Flughäfen über nicht erteilte Luftverkehrsrechte zunehmend verwehrt bleibt. Damit wird nicht nur in die unternehmerische Freiheit anderer Gesellschaften eingegriffen, sondern indirekt (und wissentlich) auch die Firma Lufthansa geschützt. Zudem begrenzt diese Politik den Umsatz deutscher Flughäfen - das kann nicht sein. Sofern Airlines Deutschland anfliegen wollen, darf es nach einer neutralen Prüfung über mögliche marktverzerrende Subventionen und einer reziproken Erlaubnis für deutsche Gesellschaften kein Verbot geben, deutsche Flughäfen anzufliegen. Mittelfristig muss eine solche Regelung auch EUweit gelten.

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A011

75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in
Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November

Antragstitel: Luft und Bahnverkehr: Investitionsstau beheben, Wettbewerb stärken

Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten

Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt

Teilweise übernommen

Nr. 0001 - Ersetzung

Zeile 105 bis 105

laufender Punkt 4.

Antragsteller: Sven Gossel, Rainer Sobek

- 1 4. Fernbusverkehr
- 2 Die FDP Bayern fordert die neue Bundesregierung zudem auf, die LKW Maut auf den
- 3 kommerziellen Fernlinienverkehr der Busse auszudehnen, und für diese Verkehrsart etwa
- 4 auf mindestens immer das Niveau anzupassen, das auf der Schiene pro gefahrenem
- 5 Personenkilometer gezahlt werden muss.

Begründung:

Nach der Liberalisierung des Fernbusverkehrs in Deutschland hat sich ein neuer Markt gebildet, dessen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen. Die Schiene ist heute aufgrund von mittlerweile erfolgten Trassenpreiserhöhungen der DB Netz und aufgrund des noch immer völlig mautfreien Busverkehrs erheblich gegenüber den Fernbussen benachteiligt.

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A017

**75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in
Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November**

Antragstitel: Stoppt die Grenzkontrollen an der bayerisch österreichischen Grenze
Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten
Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt
Teilweise übernommen

Nr. 0002 - Ersetzung

Zeile 1 bis 2

Gerade.....Bedeutung

Antragsteller: Sven Gossel

- 1 Die Beseitigung der Grenzkontrollen zwischen den EU Ländern gehört zu den größten
- 2 Errungenschaften der Europäischen Union. Die FDP Bayern lehnt daher jede
- 3 Verwässerung der Schengenregeln im Hinblick auf die von den EU Innenministern
- 4 geforderten, weiteren Möglichkeiten, Grenzkontrollen eigenmächtig einzuführen oder zu
- 5 verlängern, ab.

Begründung:

siehe oben

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A017

75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in
Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November

Antragstitel: Stoppt die Grenzkontrollen an der bayerisch österreichischen Grenze
Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten
Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt
Teilweise übernommen

Nr. 0001 - Füge ein nach

Zeile 1

Erweiterung der Überschrift

Antragsteller: Sven Gossel

- 1 Gegen die Verwässerung des Schengen-Codex - stoppt die Grenzkontrollen..... usw.

Begründung:

Der Antrag der FDP Oberbayern hat in den letzten Wochen durch die von den Innenministern der EU geplante Verwässerung des Schengen Codex und die Gegenvorschläge der EU Kommission hohe Dringlichkeit bekommen. Die Bundesrepublik hat zwischenzeitlich sogar ohne neues Übereinkommen gegen die Grenzkontrollen entgegen den Regularien weiter verlängert. Der Antrag muss daher entsprechend erweitert werden.

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A018

75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in
Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November

Antragstitel: Freifunk als liberale Alternative zum Södernetz

Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten

Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt

Teilweise übernommen

Nr. 0001 - Ersetzung

Zeile 13 bis 13

Oberbayern

Antragsteller: Klaus Horn

1 Bayern

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A019

**75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in
Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November**

Antragstitel: Für ein modernes Ladenöffnungsrecht - Initiierung eines
Volksbegehrens zur Freigabe der Ladenschlusszeiten in Bayern im
Vorfeld der Landtagswahl 2018

Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten
Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt
Teilweise übernommen

Nr. 0001 - Streichung

Zeile 5 bis 13

Dazu... ..einleiten.

Antragsteller: Laszlo Riedl

1

Begründung:

Unsere Beschlusslage ist klar und richtig. Es ist auch sehr sinnvoll das Thema Ladenschluss zu einem zentralen Wahlkampfthema zu machen. Das Mittel der Volksbegehrens halte ich dazu aber für ungeeignet. Wir müssen den bayerischen Bürgern klar machen, dass sie um den Ladenschluss zu kippen bei der Landtagswahl FDP wählen müssen. Wir wollen Wählerstimmen sammeln und nicht Unterschriften

Änderungsantrag

zu Antrag Nr. A033

**75. ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern am 11./12. November 2017 in Amberg
Amberger Congress Centrum, 10. - 12. November**

Antragstitel: Für ein Informationsfreiheitsgesetz für den Freistaat Bayern

Status: Angenommen Übernommen Abgelehnt Nicht beraten
Angenommen in geänderter Fassung Zurückgezogen Überwiesen Erledigt
Teilweise übernommen

Nr. 0001 - Ersetzung

Zeile 2 bis 5

Die FDP Bayern nimmt die Forderung nach einem bayerischen Informationsfreiheitsgesetz, das gleichzeitig den Rahmen für kommunale Informationsfreiheitssatzungen bietet, in ihr Wahlprogramm für die Landtagswahlen 2018 auf

Antragsteller: Fritz Haugg

- 1 Die FDP Bayern fordert ein einheitliches Informationsfreiheitsgesetz, welches für alle
- 2 Kommunen gilt. Derzeit muss jede Kommune eine eigene Informationsfreiheitssatzung
- 3 erlassen, die je nach herrschender Ratsmehrheit unterschiedlich viel Transparenz zulässt.
- 4 Ziel dieses Gesetzes soll die Schaffung von Rechtssicherheit und ein besserer
- 5 Informationsfluss für die Bürger sein. Besser informierte Bürger können auch besser am
- 6 politischen Prozess teilhaben.

Begründung:

Durch diese Formulierung wird der Forderung mehr Nachdruck verliehen und gilt als Forderung auch über das Landtagswahlprogramm hinaus, in welches diese Forderung bestimmt aufgenommen wird, da es sich um eine Förderung handelt, die die FDP Bayern und die VLK Bayern schon in früheren Landtagswahlprogrammen stellte.